



uniterre

DIE UNABHÄNGIGE BÄUERLICHE ZEITUNG

AP 2014-2017 fertig – jetzt kommt der nächste Schritt!

Kürzlich wurden die Verordnungen für die neue Agrarpolitik verabschiedet. Die Reaktionen der betroffenen Kreise? Fatalismus, durchzogen von einer unterschweligen Unzufriedenheit, betrübte Kommentare über die Verluste der Einen und die Gewinne der Anderen. Aber es war ja immer klar, dass sich insgesamt nichts ändert: Strukturwandel, ökologisches Mäntelchen, Verlust an Marktmacht, Grenzöffnungen, weniger staatliche Beobachtung usw. Ein Satz in der Mitteilung des Bundesamtes für Landwirtschaft (BLW) lässt uns jedoch stutzig werden. Er scheint eine neue Definition für die Ernährungssouveränität gefunden zu haben: Der Grundsatz der Ernährungssouveränität wird mit den Massnahmen zur Unterstützung der Qualitätsstrategie, dem zielgerichteten Direktzahlungssystem mit spezifischen Versorgungssicherheitsbeiträgen und den Einzelkulturbeiträgen konkretisiert. Man kann das BLW schwerlich tadeln, wenn es ein Konzept festnagelt, zu welchem der Schweizer Bauernverband die Nägel geliefert hat. Die Originalversion stört offenbar beide.

Aber gut, sehen wir ihre Definition einmal an:

Die Qualitätsstrategie ist ein Konzept, das bisher nur in einer schönen Marketingstrategie verpackt daherkommt. Es profitieren die sogenannten Veredler, während die innere Qualität der Erzeugnisse (wie zum Beispiel die Frische) leidet. Ihre Vertreter wollen „Wettbewerbsfähigkeit durch Qualität“ erreichen und sie rühmen die „faire Qualitätspartnerschaft“ innerhalb der Wertschöpfungskette. Wer aber hat die Qualitätscharta unterschrieben? Diejenigen, die es ablehnen, einen Richtpreis für Brotgetreide festzulegen und diejenigen, die den Richtpreis für Industriemilch nicht

anheben wollen.

Hoffen wir, dass die damit verbundene Verordnung, die die Verbesserung der Produktionspreise und die gerechte Verteilung der Wertschöpfung erwähnt, nicht nur ein frommer Wunsch sei.

Die Einzelkulturbeiträge wurden im Vergleich zur letzten Agrarpolitik reduziert. Tatsächlich wird das Futtergetreide attraktiver gemacht, indem sowohl der Richtpreis für Brotgetreide als auch die Anbaubeiträge für Ölsaaten und Rüben gesenkt werden. So ein Hohn!

Zu den Versorgungssicherheitsbeiträgen muss einmal mehr gesagt werden, dass Ernährungssouveränität kein Synonym von Selbstversorgung oder Autarkie ist. Die Frage ist nicht nur wie viel, sondern auch wie wir produzieren.

Daneben müssen wir festhalten, was in dieser Definition fehlt:

Den notwendigen Zugang zu Land und die Nachwuchsförderung in der Landwirtschaft. Das BLW erklärt, dass auf Stufe der landwirtschaftlichen Betriebe mit einer Stabilisierung oder sogar mit einer Zunahme des wirtschaftlichen Einkommens zu rechnen ist – weil der Strukturwandel zum Bauernsterben führt und der Kuchen von weniger Bauern geteilt wird. Schöne Aussichten! Auch hier haben die Bauernorganisationen Vorarbeit geleistet: Wenn der Präsident der Schweizerischen Milchproduzenten sagt, ein Umbau lohne sich erst ab 50 Kühen, ist das einem Freipass für den forcierten Strukturwandel.

Wohin soll das eigentlich führen? In Frankreich wird ein Stall für 1000 Milchkühe gebaut –

soll das zum Massstab von Wettbewerbsfähigkeit werden!

In den USA existieren bereits Ställe mit

40'000 Kühen. Auch China ist mit Volldampf daran, die industrielle Landwirtschaft voranzutreiben. Dies alles geht in die komplett falsche Richtung. Die Erfahrungen der Praktiker, sowie die Erkenntnisse von 400 Wissenschaftlern, welche im Weltagrарbericht zusammengefasst sind, sprechen eine andere Sprache.

Der Grossverteiler MIGROS schreibt in seinem neusten Magazin treffend: „Nachhaltigkeit ist für die Industrie langfristig kein Geschäft“.

Zurück zum Thema: Es wird nichts getan, um Freihandelsabkommen zu bremsen, um Exportdumping zu vermeiden oder um den Import von sozialen oder ökologischen Kriterien abhängig zu machen. Wer im internationalen Handel mehr Gerechtigkeit will, sollte die AP 2014-17 lieber vergessen.

Auch die Mengensteuerung bleibt ohne Antwort, denn der Bund ist der Ansicht, dass der Markt die Maschine von alleine schmieren wird. Nun, wir bedauern, daran erinnern zu müssen, dass die unsichtbare Hand mit den ersten Gliedern der Wertschöpfungskette sehr geizig ist ... wo bleibt also die soziale Situation der Bauernfamilien und der Landarbeiter? Es ist irreführend, wenn man die Dynamik unserer Branche einschätzt, indem man den Umsatz der Zwischenhändler, der Grossverteiler oder der 25 % besten Bauernbetriebe als Grundlage nimmt.

Lasst uns gemeinsam eine solide Grundlage bauen, damit die Bauernfamilien von der Landwirtschaft leben können, damit es Platz für zukünftige Generationen hat, damit die soziale und ökologische Umwelt respektiert wird – bei uns und ausserhalb unserer Grenzen. So lebt die Ernährungssouveränität.



Vision 2035

Nourrir la ville

Seite 2



Freihandelsabkommen

Schweiz China

Seite 3



Milch

Was spielt der Verband für ein Spiel?

Seiten 4

ERNÄHRUNG LOKAL ORGANISIERT

Nourrir la ville

Wie wird aus einer einzelnen Initiative, wie z.B. einem Vertragslandwirtschaftsprojekt, ein erfolgreiches Gesamt-Konzept für Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner, sowie für die Bauern und Bäuerinnen? Welche Kraft können wir gemeinsam entwickeln? Welche Rolle spielen die verschiedenen Gremien? Wie finden wir zueinander? An der Tagung *Nourrir la ville* am 20. Sept. in Biel ging es um unterschiedlichste Ansätze mit dem gleichen Ziel: Miteinander neue Wege in Bezug auf unsere Ernährung gehen. Organisiert wurde das Treffen von Vision 2035 mit Hilfe u.a. von Unterre. Bauern, Politiker, Verantwortliche von NGOs und Akteure mit unterschiedlichem Hintergrund haben an neue Lösungen gearbeitet.

Stadt und Land

Die Begrüßungsworte von Frau Barbara Schwickert (Direktion Bau, Energie und Umwelt der Stadt Biel) liessen hoffen, dass die Stadt Biel sich für neue Initiativen offen zeigt, auch wenn gerade noch am selben Morgen eine rigorose Spardebatte im Stadtrat eingeleitet wurde.

StadtbewohnerInnen meldeten sich zu Wort, die mehr Verantwortung übernehmen und mehr mitbestimmen wollen. Dabei geht es nicht nur darum, was auf unsere Teller kommt, sondern um die Einheit von Erzeugung, Verarbeitung, Versorgung und Entsorgung.

Bisher wird die gesamte Branche durch Verarbeitungsindustrie, Grosshändler und die Agrarpolitik gesteuert, das muss nicht so bleiben, darin waren sich die TagungsteilnehmerInnen einig.

Mutmachen indem neue Nachbarschaften entstehen

Thomas Gröbly (Neustart Schweiz), stellte die heute gängigen Wohnmodelle in Frage. Wollen wir so leben? Thomas plädierte für *Pantoffeldistanzen*. Heute steigen viele Menschen, die in den Wohnsiedlungen *auf dem Land* wohnen, ins Auto um einzukaufen, für den Arztbesuch und natürlich um an die Arbeitsstelle zu gelangen. Es gibt kaum Kinderbetreuungsplätze und einen belebten Dorfplatz gibt es in diesen Siedlungen auch nicht. Die BewohnerInnen konsumierten in den städtischen Zentren und nichts bleibt in der Region. Wollen wir das? Gestellt wurden auch zentrale Fragen nach unseren Werten: *Warum kreieren wir als Gesellschaft eine Welt, die wir als Individuum verabscheuen?* (Frances Moore Lappé, Mitglied von World Future Council, Alternativer Nobelpreis) Wie eine typische Neustart-Nachbarschaft aussieht, könnt ihr nachlesen unter: neustartschweiz.ch

Toronto, anderswo und hier?

Die Geographin Monika Jäggi (Basel, Toronto) referierte über das Beispiel Toronto *die Stadt im Park*. Kanada ist zwar weit weg und doch für uns sehr spannend. Toronto, eine Millionenstadt, die sich der Bedeutung von Ernährungss-

strategien bewusst ist und diese heute fest in der Stadtpolitik verankert hat. Toronto hat über 220 Gemeinschaftsgärten. Es geht dabei um den Zugang zu Land, um Gesundheitsvorsorge und Ernährungssicherheit, u.a. auch für die ärmsten Teile der Bevölkerung. Weitere Beispiele, wie London, Edinburgh und Bristol, wurden genannt. Allen Projekten gemeinsam ist, dass erkannt wurde, dass bei den Fragen rund um Ernährung, die Bevölkerung mit einbezogen werden muss und damit auch Instrumente geschaffen werden, Umwelt, Natur und Gesundheit aus einer neuen Optik zu betrachten. Ulrike Minkner, Uniterre, stellte diese Anliegen in den Rahmen des Konzepts der Ernährungssouveränität und dessen Umsetzung in der Schweiz. Am Beispiel Genf (Rudi Berli Uniterre) wurde eindrücklich aufgezeigt, wie sich regionale Versorgungsketten in einer grösseren Region erfolgreich durchsetzen.

Haben die Systeme der globalen industriellen Versorgung ausgedient?

Der Autor und Referent Philipp Stierand stellte provozierende Thesen (hier stark verkürzt) in den Raum. „Die Veränderung des räumlichen Maßstabs des Ernährungssystems hat sich nicht nur auf die Lebensmittelversorgung ausgewirkt, sondern in der Folge auch auf die städtische Ernährungspolitik. Innerhalb des Ernährungssystems wurde die Rolle der Städte auf die Funktion des Konsumierens reduziert. Die Stadt hatte diese Rolle weitgehend akzeptiert; für ihre Versorgung scheint ein städtisches Ernährungssystem überflüssig. Die Verantwortung für die Ernährungspolitik konnte so an die nationale, die europäische und die globale Ebene abgegeben werden. Durch Gesundheits- und soziale Probleme, kritische Verbraucher und eine wachsende Bewegung werden Städte wieder mit dem Thema Ernährung konfrontiert. *Das städtische Ernährungssystem ist überflüssig, für die Versorgung der Stadt wird es nicht gebraucht. Es hat nichts spezifisch Städtisches mehr, es handelt sich vielmehr um Ausläufer des globalen Ernährungssystems auf der*



Workshop Auswertung, Nourrir la ville Bienne, September 2013, Photo Vision2035

lokalen Ebene. Zusammengefasst und zugespitzt kann das aktuelle, industrielle Ernährungssystem auf der lokalen Ebene als delokalisiert, zerschnitten und überflüssig beschrieben werden.

Und was machen wir konkret? Wo und wie setzen wir die Ideen um?

Über *Annäherung-Sensibilisierung Stadt-Land, Krippen Schulen Altersheime, Stadtplanung Politik und Vernetzung Aktionspläne* wurde reihum diskutiert und kreativ weitergedacht. Es wurden die verschiedenen Ebenen ausgelotet: Vor der eigenen Haustür, im Quartier, auf dem politischen Parkett, auf Gesetzebene. Raumplanerisch zum Beispiel müsste komplett umgedacht werden; Die heutige räumliche Aufteilung von Wohnen, Arbeiten und Versorgen, muss aufgeweicht werden. Das bedeutet unter

anderem: Keine Supereinkaufspaläste mehr am Stadtrand, vermehrt vertragslandwirtschaftliche Projekte innerhalb der Region oder Platz für Gärten und gemeinsame Kompostanlagen in den Quartieren, neue Versorgungskonzepte für öffentliche Einrichtungen, etc.

Mathias Stalder, Mitorganisator der Tagung, schreibt dazu in der Novemberausgabe von Bioaktuell: *Die Stadt Biel zum Beispiel wendet zur Versorgung ihrer Schulen, Krippen und städtischen Heime über 2 Mio. Franken auf. Genau dort will eine politische Initiative ansetzen. Sie fordert eine regionale und möglichst biologische Versorgung. Voraussichtlich wird diese von der Vision 2035 und der Grünen Partei im Frühjahr 2014 lanciert.*

Ulrike Minkner,
Vizepräsidentin Uniterre

Vertragslandwirtschaft: Projekt Dietikon

In diesem Jahr haben wir unseren Wunsch nach einem Freilaufstall für behornte Tiere realisiert und sind mit unseren 21 Milchkühen im Juni eingezogen.

Die im Gebäude integrierte neue Hofkäserei wurde auch eingeweiht. Die Idee, die gesamte Milch zu verarbeiten, war schon immer ein Wunsch, das Angebundensein durch Tiere und das tägliche Käsen und/oder Käsepflegen hatte bis jetzt zu fest abgeschreckt.

Der übersättigte Biomilchmarkt (wir verkaufen unsere silofreie Biomilch zum konventionellen Preis), die Arroganz der Milcheinkäufer, aber vor allem die Neugier darüber, ein echtes Bündnis mit einer Konsumenten-genossenschaft einzugehen, war zu stark.

Mit einigen Personen der Betriebsgruppe von ortoloco und anderen Interessierten treffen wir uns am 18. November zum dritten Mal, um Ideen auszutauschen.

Bis jetzt kristallisiert sich als Favorit

eine 100-120 Abo-einheiten Variante heraus, ein Bezug pro Abo von 12l Milch. Dies ergäbe der halbe Absatz unser produzierten Milch. Die andere Hälfte wird mit 2-3 Frischmilchautomaten in der Stadt Dietikon bis Zürich abgesetzt.

2 Liter Rohmilch, ein 500gr Nature und ein 500gr Fruchtjoghurt, 500gr Vollmilchquark, 1/4l Rahm, 100gr Butter, 250gr Mutschli, ein 100gr Camembert, 250gr Hartkäse ein mögliches Abo. Alles Produkte in Bioqualität, sinnvolle Verwertung von Grasland, keine Milch ins Leere produziert. Tönt doch wunderbar, nicht?

Uniterre ZH

Uniterre ZH hat mit dem ZBV Kontakt aufgenommen und dabei festgestellt, dass die Kulturlandfrage als gemeinsames Anliegen geeignet ist, punktuell zusammen zu spannen. Wir sind drum der IG Kulturland Zimmerberg (Wädenswil) beigetreten, welche verhindern will, dass erneut 56 ha Kulturland dem *Spiel mit dem kleinen Ball* zum Opfer fallen.

GEDANKEN ZUM FREIHANDELSABKOMMEN SCHWEIZ CHINA

Die Welt braucht alle ihre Bauern

Es ist bedenklich, dass das am 6. Juni unterzeichnete Freihandelsabkommen zwischen China und der Schweiz sozusagen von allen politischen Verantwortlichen nur nickend oder gar jubelnd durchgewunken wurde. Die zustimmende Haltung des Schweizerischen Bauernverbandes ist dabei noch unverständlicher. Während sich der Verband hierzulande für Versorgungssicherheit stark macht, hat er keine Angst sich bei gleichzeitiger Befürwortung dieses Freihandelsvertrages in unüberbrückbare Widersprüche zu verstricken.

In der Schweiz besteht der agrarpolitische Glaubenssatz des Bundesrates allem Menschenverstand zum Trotz nach wie vor im landwirtschaftlichen Freihandel. Obschon massloses Wachstum und schrankenlose Konkurrenz zerstörerische Auswirkungen auf die Bevölkerungen, Umwelt und die politischen Systeme haben. Dieses Freihandelsabkommen reiht sich an die 27 schon bestehenden Abkommen an. Dabei verliert die Bundeskasse an Steuereinnahmen welche andersweitig eingezogen werden müssen. Dann wird statt dem Aussenzoll der inländische Markt besteuert. So täten die Schweizer Steuerzahler gut daran, über die Konsequenzen dieser Freihandelsverträge nachzudenken. So wird Europas industrielle Substanz in diesem Prozess zerstört. Massenarbeitslosigkeit ist eine dieser Folgen. China investiert währenddessen in europäische Infrastrukturen (zbsp Häfen) und Verarbeitungsindustrien (Fleischwaren, Milch, Konserven) und engagiert sich im weltweiten Kampf um Kulturland.

Tatsache ist, dass die landwirtschaftspolitischen Entscheide Chinas auch die Schweizer Bevölkerung betreffen und dass es dringend notwendig ist, dass zumindest die bäuerlichen Organisationen die gefährliche Freihandelslogik kritisch betrachten und deren negative Wirkungen aufzeigen.

In China leben 800 Millionen Bauern das heisst fast ein Drittel der Bauern der Welt. Obwohl China auf ein Erbe einer einst blühenden Landwirtschaft* zurückschauen kann, wird diese bäuerliche Hochkultur seit längerem und im Speziellen seit der Reform ab 1978 systematisch zerstört und statt dessen eine industrielle Landwirtschaft aufgebaut. China ist nach wie vor eine Apartheid-Gesellschaft, in welcher die Rechte der Bauern systematisch verletzt werden, namentlich geht es dabei um: Kein Recht auf freie Interessensvertretung, kein Recht auf ökonomische Gerechtigkeit (willkürliche Steuerpolitik), kein Recht auf Zugang zu Boden (Vertreibungen), kein Recht auf Bewegungsfreiheit innerhalb Chinas (innerer Pass).

Trotzdem findet in China eine der weltweit grössten Migrationsbewegungen statt. In den letzten drei Jahrzehnten waren es 280 Millionen Bauern welche ganz oder teilweise die ländlichen Gebiete verlassen und als illegale Wanderarbeiter, ohne soziale Rechte, ohne Schulzugang für Kinder, in der chinesischen Exportindustrie arbeiten. Mit einer Bevölkerung von annähernd 1,4 Milliarden ist China der grösste Lebensmittelmärkte der Welt. Dabei hat China 9% der Süsswasserreserven und

8% der landwirtschaftlichen Nutzflächen.

In den letzten Jahren ist China zum weltweit grössten Soja und Maisimporteureur geworden, um so eine billige Versorgung mit Geflügel- und Schweinefleisch der städtischen Bevölkerung zu garantieren. Die Fütterung von 700 Millionen Schweinen ist eine massive Herausforderung. Mit der Einfuhr riesiger Mengen an Soja als Futtermittel hat China dramatische Veränderungen ausgelöst. 30 Millionen Hektaren Land wurden im Süden Lateinamerikas zu Monokulturen umgewandelt um billiges Futter zu produzieren. Die grössten Schweine- und Geflügelbetriebe stehen in China. In diesem Zusammenhang steht der Preiszerfall dem die chinesischen Bauern gegenüberstehen. Diese Entwicklung hat Millionen von Bauern zur Hofaufgabe gezwungen und den Reichtum grosser Gesellschaften begründet.

Die Auswirkungen sind aber schon spürbar und verschärfen sich: Wasser- und Bodenverschmutzung, wachsende Treibhausgasemissionen, Antibiotikaresistenzen, Zerstörung der genetischen Vielfalt, Lebensmittelsicherheits- und Diätprobleme, chronische Krankheiten, medizinische Kosten im Zusammenhang mit Entstehen und Ausbreitung tierischer Krankheiten, Unterdrückung der Kleinbauern und die aufgehende Einkommensschere zwischen Reich und Arm. Dies sollten Gründe für einen Kurswechsel sein um langfristig und nachhaltig sowohl die Ernährungssicherheit als auch das Bedürfnis nach Entwicklung zu sichern. Gemäss dem Weltagrarbericht ist *Weiter wie bisher*

keine Wahlmöglichkeit. Es braucht Lösungen für eine produzierende, grüne und soziale Landwirtschaft. In Anbetracht der Land-, Wasser-, Klima- und Ernährungsprobleme liegt die Alternative in einer multifunktionalen, lokalen und kleinstrukturierter Landwirtschaft. Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik müssen die Rahmenbedingung der Märkte dahingehend ausrichten. Kleinbauern spielen eine Schlüsselrolle in Chinas Nahrungsmittelsystem und brauchen Unterstützung für eine nachhaltige Zukunftsentwicklung. Dazu könnten sowohl der Bundesrat wie auch der Bauernverband ihren Teil beitragen.

Rudi Berli, Sekretär

* King, Farmers of Forty Centuries, Or Permanent Agriculture in China, Korea, and Japan, 1911



Ihre Werbung hier?
Infos: 021 601 74 67
oder info@uniterre.ch

RECHTE UND PFLICHTEN

Die Grenze als Garantie für einen gerechteren Handel

Die Ernährungssouveränität ist in Fragen zum internationalen Handel sehr klar. Sie bezweckt weder Selbstversorgung noch Autarkie, sondern einen fairen, internationalen Handel, der den lokalen Handel ergänzt.

Der Grenzschutz mit Zollrechten ist ein Instrument, das bisher immer sehr gut funktioniert hat und das alle Länder relativ leicht umsetzen können. Dieses Instrument wird heute verteufelt, denn die heutige Doktrin verlangt die Deregulierung der Märkte. Grundsätzlich haben aber alle Länder, ob Schweiz, Bolivien, China oder Mali, das Recht, sich gegen Importwaren zu schützen, die zu billig an ihre Landesgrenzen gelangen. Solch tiefe Preise sind oft die Folge von Sozial- oder Umweltdumping, wie im Beispiel China im obenstehenden Artikel. Die spottbilligen Importgüter stehen in direkter Konkurrenz zu unseren Produkten und können hier bei uns ganze

Wertschöpfungsketten gefährden. Wenn wir solchen Produkten freien Zugang zu unserem Markt gewähren, heissen wir ein System gut, das Menschen und die Umwelt ausbeutet. Ob in China oder in der Schweiz, dieses Wirtschaftsmodell bedroht die bäuerliche Landwirtschaft mit *kleinen Strukturen*. Anders gesagt: Die chinesischen Bauern stellen für uns keine Bedrohung dar, dafür aber ein Wirtschaftsmodell, das uns zwingt, industrieller, grösser und billiger zu produzieren. Wir haben das Recht, uns dagegen zu wehren.

Mit Rechten kommen meist auch Pflichten. Unser Beitrag für einen gerechteren internationalen Handel ist, dass wir auf alle Exportsubventionen verzichten. Damit machen wir unweigerlich die Märkte anderer Länder kaputt. Aus diesem Grund haben wir uns gegen das „Geschenk“ von 20 000 Millionen von Doris Leuthard gewehrt,

das unseren Milchmarkt während des Bauernaufstands von 2009 entlasten sollte. Wenn wir unsere Milchprodukte zu Preisen exportieren, die deutlich unter dem normalen Wert liegen, fallen wir unseren Berufskollegen in Kolumbien, Indien oder Senegal in den Rücken. Das ist moralisch nicht vertretbar.

Eine Initiative für Ernährungssouveränität muss deshalb die Frage des internationalen Handels aufnehmen und darf sich nicht allein auf Lösungen für den Inlandmarkt beschränken, ohne Rücksicht auf unsere Berufskollegen im nahen und fernen Ausland.

Ausserdem zeigt die Entwicklung des chinesischen Marktes deutlich, wie das aktuelle Wirtschaftsmodell zu Zweiklassenproduktion und -konsum führt: Die chinesischen Industriellen bauen in der Bretagne Milchverarbeitungsfabriken, um den reichen Chinesen Milchprodukte *Made in France* zu verkaufen, weil dessen

Image besser ist, als das der chinesischen Milchprodukte. Umgekehrt verkaufen unsere Grossverteiler an die schweizerischen Working Poor chinesisches Fleisch von Poulets oder Schweinen, die mit Soja aus Lateinamerika gefüttert wurden. Uniterre sträubt sich mit allen Mitteln gegen die Auswüchse dieses Marktmodells.

Eine Initiative für Ernährungssouveränität bringt Lösungen für diese Misswirtschaft. Sie kann den verschiedenen Gesellschaften soziale Verbesserungen bringen. Die Schweiz kann diese Aufgabe natürlich nicht alleine meistern, aber die Bewegung von La Via Campesina umfasst über 170 Organisationen in 70 Ländern, die derzeit alle Projekte wie das unsere ins Leben rufen. Also sind wir nicht alleine.

Valentina Hemmeler Maiga,
Sekretärin

MILCH

Was für ein Spiel treibt eigentlich die Organisation Schweizer Milchproduzenten?

Merkt Euch die schönen Worte von Bernard Lehmann, danach gibt's ein Apéro und ein Essen, offeriert von der Organisation Schweizer Milchproduzenten (SMP). Und vergesst nicht, das Stade de Suisse zu besuchen! Denkt nur nicht zu sehr an den Milchmarkt, liebe Bauernfamilien, sondern überlasst das Denken und die guten Ratschläge ruhig Eurer Organisation. Bezahlt die Werbung unserer Branche – die Menschen sollen schliesslich Milch konsumieren – aber bitte, bitte kämpft nicht mehr um den Milchpreis! Da kann die SMP einfach nichts mehr machen, da entscheidet der Markt. Wo wir noch Einfluss haben, das ist die Agrarpolitik, zusammen mit dem SBV.

Merkt Euch die schönen Worte von Bernard Lehmann, danach gibt's ein Apéro und ein Essen, offeriert von der Organisation Schweizer Milchproduzenten (SMP). Und vergesst nicht, das Stade de Suisse zu besuchen! Denkt nur nicht zu sehr an den Milchmarkt, liebe Bauernfamilien, sondern überlasst das Denken und die guten Ratschläge ruhig Eurer Organisation. Bezahlt die Werbung unserer Branche – die Menschen sollen schliesslich Milch konsumieren – aber bitte, bitte kämpft nicht mehr um den Milchpreis! Da kann die SMP einfach nichts mehr machen, da entscheidet der Markt. Wo wir noch Einfluss haben, das ist die Agrarpolitik, zusammen mit dem SBV.

Das ist ein ironischer Abriss des Eindrucks, der mir die erste Delegiertenversammlung der SMP unter dem neuen Präsidium hinterlassen hat. Leider war es kein Tag-Albtraum. Ich muss zugeben, meine Erwartungen waren gering und im Hinterkopf hatte ich das Interview mit Hanspeter Kern, das am 11. Oktober 2013 im Agri veröffentlicht wurde. Er diskutierte über die Öffnung der *weissen Linie*. Hier ein paar Ausschnitte mit meinem Kommentar [Zitate wurden übersetzt]:

Auf die wichtige Frage nach dem Einfluss der SMP auf eine zentrale Mengensteuerung und darauf, ob eine solche zu den Zielen der SMP gehöre

oder nicht, antwortet der Präsident: *Zurzeit gibt es kein Instrument mehr, um steuernd in den Markt einzugreifen. Unsere Aufgabe ist es, den Produzenten und ihren Organisationen Informationen über den Markt zu liefern, damit sie sich möglichst gut organisieren können.*

Das ist doch ein Eingeständnis, dass die SMP nicht funktioniert und dass ihre Existenz keinen Unterschied macht! Folglich muss etwas unternommen werden – das könnten die Mitglieder zumindest von der Dachorganisation verlangen, die angeblich ihre Interessen vertritt. Die Produzenten von Uniterre, Big-M und dem NBKS haben bereits 2012 Vorschläge gemacht, die von der SMP jedoch nie ernsthaft untersucht wurden. Offensichtlich haben die *geheimen Kräfte*, die sich gegen alle Regulierungssysteme stemmen und sogar in der Direktion der SMP sitzen, jegliche Diskussion zu diesem Thema abgewürgt, so wie schon beim vorhergehenden Präsidium. Eine kürzlich durchgeführte Umfrage im Wallis hat gezeigt, dass die Produzenten ein nationales Regulierungssystem erwarten. In der EU soll demnächst eine Marktbeobachtungsstelle eingeführt werden; das European Milk Board und andere Organisationen setzten sich stark dafür ein, dass Europa für seine Milchmengen ab 2015 ein Preissteuerungssystem erhält.

Die Frage zum wachsenden Einfluss der Discounter auf die Produzentenpreise beantwortet Herr Kern folgendermassen: *Wir haben keinerlei Einfluss auf die Festsetzung der Preise im Detailhandel (...) es ist normal, dass ein wertvolles Produkt wie Milch teurer ist, als Wasser.*

Er verschweigt, dass die SMP auf die Milchverarbeiter Einfluss hat, die den Druck der Grossverteiler (mehr und billiger) direkt an die Produzenten weitergeben. Crémo und ihre *Lakaien* haben die Debatte zur Öffnung der *weissen Linie* überhaupt vom Zaun gebrochen. Sie profitieren von der Tatsache, dass die Milch ein sensibles

und verderbliches Produkt ist, um ihren Produzenten miserable und unnatürliche Verträge aufzuzwingen (monatliche Mengen, kein fester Preis usw.).

Weshalb organisiert die SMP nicht den Aufbau und die Unterstützung von Direktvermarktung oder regionalen Verkaufs- und Verarbeitungsprojekten? Damit könnte sie das Wohlergehen der Bauernfamilien und der kleinen Verarbeiter ebenso fördern, wie die Milch die Gesundheit der Knochen fördert! Damit könnte die SMP drei Fliegen mit einer Klappe schlagen: 1) Werbung für die Milch 2) zugunsten der Bauernfamilien und 3) Druck auf die Käufer, die sich dann tatsächlich in einer Wettbewerbssituation (mit ihren Lieferanten) befänden. Dann wäre die SMP endlich eine Marktteilnehmerin. Was Herr Kern vielleicht nicht wahrhaben will, ist, dass die SMP nur Handelsspielraum für Diskussionen und Verhandlungen hat, wenn die Bauern sie dazu zwingen. Das war beim Milchstreik 2008 ja ganz frappierend: Plötzlich hatte sie Gewicht bei den Verhandlungen, plötzlich fand sie sich in der Realität des Marktes wieder. Heute sollte die SMP ihre bäuerliche Basis *organisieren und planen*, dass sich solche Bewegungen wiederholen. Übung macht den Meister, wie man so schön sagt. Kämpfen macht stark und Fatalismus hat sich noch nie bezahlt gemacht.

Zur Aussenpolitik wurde Herr Kern schliesslich gefragt, welchen Einfluss die Aufhebung der europäischen Milchkontingentierung auf die Schweizer Produzenten haben werde. Seine Antwort ist beunruhigend. Er geht davon aus, dass *die Aufhebung der Milchkontingentierung kaum Auswirkungen auf die Milchmengen haben wird (...). In Europa werden die Milchquoten nicht vollständig ausgeschöpft. (...) Die Schweiz wird nur wettbewerbsfähig sein, wenn die Milchbetriebe wachsen (...) vor allem im Flachland.*

Es macht sich für den Präsidenten

einer nationalen Organisation schlecht, das europäische Problem auf ein paar Statistiken zu reduzieren. Die negativen Folgen der Liberalisierung können nicht auf die produzierte Milchmenge reduziert werden, sondern müssen aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden.

Das European Milk Board und andere Bauernorganisationen drängen derzeit darauf, dass die EU eine Mengenregulierung einführt, die sich am Produzentenpreis orientiert (Zielpreiskorridor). Dieses System hat den Vorteil, dass die Produzenten garantiert ausreichende Milchpreise erhalten und dass die Produktion den Marktbedarf deckt.

Nun noch zur Aussage von Herrn Kern, dass die Betriebe in der Schweiz nur wettbewerbsfähig sind, wenn sie wachsen: Hier fehlt es Herrn Kern eindeutig an Differenzierung und Objektivität, umso mehr als die Käufer in der EU ihren Produzenten dasselbe Lied singen. Von einer Dachorganisation der Produzenten kommend, erhält diese Aussage jedoch ein ganz anderes Gewicht. So werden die Spezialisierung und die Verschuldung der Betriebe gefördert. In einem Preiseumfeld, das ständigen Veränderungen ausgesetzt ist, werden sie verletzlicher. Man braucht aber keine Hochschule absolviert zu haben, um zu verstehen, dass sich eine Investition nur lohnt, wenn der Preis für das Erzeugnis die Produktionskosten deckt. Erzeuger mit Schulden können viel leichter unter Druck gesetzt werden. Die Abnehmer können sie nach Belieben manipulieren und formen, denn wer kein Geld hat, muss zu jedem Preis und jeder Bedingung liefern können, Verluste hin oder her.

Diesbezüglich ist interessant, dass die Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften in ihrer Studie zur Marktöffnung für die *weisse Linie* festhält, dass die weniger spezialisierten Betriebe mit mehreren Standbeinen besser über die Runden kommen werden, als spezialisierte...

Nicolas Bezençon
Sekretär

Hier in gekürzter Fassung, gesamter Text siehe Internet.

Agenda

Demo gegen WTO und Freihandel

**Dienstag 03 Dezember 2013
18:00 - 20:00**

Genf, zone piétonne du Mont Blanc

Infos: www.uniterre.ch>Agenda